



MATTHEW D. LASSITER

The Suburban Crisis.
White America and the War on Drugs

Princeton University Press | Princeton 2023
680 Seiten, Hardcover | \$ 39,95
ISBN 9780691177281

rezensiert von

KRISTOFF KERL, Köln

Auf einer Pressekonferenz, die am 17. Juni 1971 im Anschluss an ein Treffen führender Politiker*innen der beiden großen Parteien stattfand, erklärte der damalige US-Präsident Richard Nixon den Gebrauch von Substanzen, die unter dem inkohärenten Begriff »Droge« rubriziert wurden, zum »public enemy number one«. Gegen diesen Feind, so Nixon, sei es notwendig eine »new, all-out offensive« zu starten, die global zu führen sei und auf einem parteiübergreifenden Konsens beruhen müsse.¹ Der sogenannte »War on Drugs«, der zeitlich freilich nicht auf die Präsidentschaft Richard Nixons beschränkt war, hat bereits die Aufmerksamkeit einiger Historiker*innen auf sich gezogen. Beforscht wurden etwa die US-amerikanische Drogenaußenpolitik, die rassistische Stoßrichtung der Drogenpolitik und der Beitrag des »War on Drugs« zur Formierung des »Carceral State«.² Diese thematischen Zusammenhänge spielen auch in der Studie »The Suburban Crisis« des Historikers Matthew D. Lassiter eine bedeutende Rolle. Darin untersucht Lassiter den »War on Drugs« in den USA von den 1950er-Jahren bis in die 1980er-Jahre, wobei im Epilog auch cursorisch die Drogenpolitik der anschließenden Dekaden bis zur Präsidentschaft von Joe Biden skizziert wird.

Lassiter verfolgt die These, dass die Drogenpolitik insgesamt von »reciprocal decriminalization of whiteness and criminalization of blackness and foreignness« gekennzeichnet war, »grounded in selectively deployed law enforcement and in the discursive framing of idealized suburban spaces and pathologized urban slums and border towns« (S. 3). Zudem kann er eindrücklich zeigen, dass diese Politik tatsächlich das Resultat eines parteiübergreifenden Konsenses war, der sowohl liberale als auch konservative Politiker*innen umfasste und wesentlich aus einem Zusammenspiel

¹ Richard Nixon Foundation, Public Enemy Number One. A Pragmatic Approach to America's Drug Problem, 29.6.2016, URL: <<https://www.nixonfoundation.org/2016/06/26404/>> [23.10.2024].

² Vgl. etwa Michelle Alexander, The New Jim Crow. Mass Incarceration in the Age of Colorblindness, New York 2010; Helena Barop, Mohnblumenkriege. Die globale Drogenpolitik der USA, 1950–1979, Göttingen 2021; Timo Bonengel, Riskante Substanzen. Der »War on Drugs« in den USA (1963–1992), Frankfurt am Main 2020; Kathleen J. Frydl, The Drug Wars in America 1940–1973, Cambridge 2013.

lokaler, föderaler und bundesstaatlicher Akteure hervorging. Um diese Argumentationen zu unterfüttern, wertet Lassiter einen beeindruckend breiten Quellenkorpus aus, der unter anderem Presseartikel und TV-Beiträge, Polizei- und Gerichtsakten, Regierungsdokumente, Protokolle von Parlamentssitzungen und parlamentarischen Anhörungen sowie wissenschaftliche Studien beinhaltet. Der Autor nähert sich seinem Untersuchungsgegenstand anhand diverser Fallstudien, bei deren Analyse er auf methodische Ansätze aus der Kulturgeschichte, der Neuen Politikgeschichte und der Urban History zurückgreift.

»The Suburban Crisis« ist in sieben Kapitel gegliedert, denen ein kurzer Prolog vorangeht und ein ebenso kurzer Epilog folgt. Im ersten Kapitel »Pushers and Victims« untersucht Lassiter die diskursive Konstruktion einer vermeintlichen »white Teenage narcotics crisis« (S. 42) in den 1950er-Jahren. In diesem vergeschlechtlichten und rassifizierten Krisendiskurs wurde Cannabisgebrauch eng mit Heroinabhängigkeit verknüpft. Weißen jugendlichen Drogennutzer*innen in den Vorstädten wurde jegliche *agency* bei ihrem Drogenerwerb und Drogenkonsum abgesprochen. Vielmehr wurden sie als bloße Opfer rücksichtsloser und verrohter, nicht-weißer Drogendealer imaginiert. Um dieser vermeintlich von außen über die weißen Suburbs hereinbrechenden Bedrohung Herr zu werden, wurden im Verlauf der 1950er-Jahre drastische Verschärfungen der Drogengesetzgebung beschlossen und etwa Mindeststrafen für den Besitz von sowie den Handel mit Substanzen wie Cannabis und Heroin festgelegt.

Die Reaktionen auf die »delinquency crisis« (S. 120), die die weißen Vorstädte in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren vermeintlich erfasste, sowie die Krisennarrative, die sich um den Aufstieg einer psychedelischen Drogenkultur und die seit Mitte der 1960er-Jahre rasant ansteigende Zahl jugendlicher »Ausreißer« rankten, bilden den Gegenstand des zweiten Kapitels »Suburban Rebels«. Laut Lassiter bildeten diese Krisennarrative eine Antwort auf das Scheitern der »utopian suburban solution« (S. 120), die ein behütetes Aufwachsen weißer Jugendlicher versprochen hatte. Strafverfolgungsbehörden und Sozialdienste reagierten auf die vermeintliche Delinquenzkrise mit einer Mischstrategie aus Überwachung, Bestrafung und Rehabilitation weißer Jugendlicher. Während weiße Jugendliche auf diesem Weg häufig vor rechtlichen Strafen bewahrt und stattdessen zur Teilnahme an therapeutischen Maßnahmen verpflichtet wurden, sah dieser Ansatz, den Lassiter als »punitive liberal« (S. 140) charakterisiert, lange Haftstrafen für Dealer*innen vor. Mit dem Aufstieg der psychedelischen Kultur gerieten schon bald allerdings verstärkt auch Jugendliche und junge Erwachsene aus der weißen, suburbanen Mittelschicht ins Visier polizeilicher Maßnahmen.

Die Bedeutungen, die Jugendliche und junge Erwachsene dem Drogenkonsum in den Jahren um 1970 verliehen, sowie die behördlichen Reaktionen auf diesen Konsum beleuchtet Lassiter im dritten Kapitel anhand von vier Fallstudien. Dabei kann er zeigen, dass in diesen Jahren der Drogenkonsum weißer junger Menschen sowohl von den Konsumierenden als auch von deren Eltern sowie von Expert*innen und Politiker*innen zunehmend unter Rückgriff auf das Paradigma des »generation gap« erklärt und damit – im Gegensatz zum Drogengebrauch nicht-weißer junger Menschen – eher in einen politischen als in einen kriminellen Rahmen gestellt wurde. Dies hatte Auswirkungen auf den polizeilichen und gerichtlichen Umgang mit den (weißen) Jugendlichen, die sich, anders als es die Figur des »verderbenden Dealers« suggerierte, ihre Substanzen primär über Netzwerke von Bekannten organisierten und sie im Freundeskreis konsumierten. Zwar stieg die Zahl der wegen Drogenbesitz oder Drogenkonsum verhafteten Jugendlichen in den Vororten um 1970 rasant an, doch wurde der Großteil der gegen sie eingeleiteten Verfahren wieder eingestellt.

Zugleich kam es in den Jahren um 1970 zu einer Eskalation des bundesstaatlichen »War on Drugs«, durch die Cannabis zunehmend ins Zentrum der Drogenpolitik rückte. Im vierten Kapitel »Public Enemy Number One« beleuchtet Lassiter diesen Prozess. Obwohl Cannabiskonsum unter jungen Erwachsenen zu diesem Zeitpunkt weitgehend normalisiert war, bestand unter Politiker*innen weitgehend Konsens darüber, dass es zwar einer Reform der harschen Cannabisgesetze bedürfe, die Kriminalisierung des Besitzes von und des Handels mit dieser Substanz jedoch aufrechtzuerhalten sei. Neben dem fortdauernden Glauben, dass Cannabis als Einstiegsdroge zu Heroinkonsum führen würde, bildete die rassifizierte Angst, dass

Cannabiskonsum zur Ausbildung eines »amotivational syndrome« führe und Teenager aus den Suburbs sowie weiße Studierende durch ihn vermeintliche »ghetto values and lifestyles« (S. 268) übernehmen würden, einen wichtigen Grund für diese Haltung.

Vor dem Hintergrund der rasant gestiegenen Zahl der Verhaftungen weißer Jugendlicher wegen Cannabisbesitz formierten sich in den frühen 1970er-Jahren aber auch Legalisierungskampagnen, getragen von Organisationen wie NORML und AMORPHIA, wie Lassiter im fünften Kapitel »Impossible Criminals« schildert. Im Verlauf der Dekade entwickelte sich daraus eine breite Graswurzelbewegung, auch wenn sie – abgesehen von einigen örtlichen Erfolgen wie beispielsweise der Entkriminalisierung von Cannabis in Oregon – mit ihrem Anliegen letztlich scheiterte. Ähnlich wie bei der Strafverfolgung spielte auch im Kontext der Legalisierungskampagnen »Whiteness« eine zentrale Rolle. So war die (implizit weiße) Figur des »ansonsten gesetzestreu« Jugendlichen von großer Bedeutung. Das Problem der Diskriminierung nicht-weißer Menschen im Umgang der Strafverfolgungsbehörden mit Verstößen gegen die Drogengesetze wurde dagegen auch von Befürworter*innen der Cannabislegalisierung nur sporadisch thematisiert. Vielmehr argumentierten sie oftmals, dass dieser Schritt es erst ermöglichen würde, gegen die Dealer »harter« Drogen und gegen die »Kriminellen« in den urbanen Zentren – sprich: gegen arme, häufig nicht-weiße Menschen – vorzugehen.

In Reaktion auf die wachsende Unterstützung für die Entkriminalisierung des Cannabisbesitzes und -konsums formierte sich in den späten 1970er-Jahren eine weitere Graswurzelbewegung: die sogenannte »Parents' Movement«, die zunächst wesentlich von Eltern mit einem weißen, liberalen Hintergrund getragen wurde. Sie ist das Thema des sechsten Kapitels »Parent Power«. Organisationen wie PRIDE (Parents' Resource Institute for Drug Education) und NFP (National Federation of Parents for Drug-Free Youth) entwickelten einen enormen Einfluss auf die Regierung von US-Präsident Jimmy Carter, die ihre anfängliche Befürwortung der Cannabis-Entkriminalisierung bald aufgab und stattdessen mit massiven Ressourcen die von der »Parents' Movement« betriebene und auf eine vollständige Drogenabstinenz zielende »Zero-Tolerance«-Kampagne unterstützte. Während diese Kampagne insofern erfolgreich war, als dass der Anteil junger Menschen anstieg, die chronischen Cannabiskonsum als gefährlich einstufte, blieb die Einstellung zum gelegentlichen Konsum unberührt.

Der »War on Drugs« in der Ära von Ronald Reagan und die »Just Say No«-Kampagne der First Lady Nancy Reagan, bilden den Gegenstand des siebten und letzten Kapitels. Die Reagan-Regierung knüpfte maßgeblich an die Cannabis-Politik der späten Carter-Jahre an und setzte die Zusammenarbeit mit der sich zunehmend autoritär gebärdenden »Parents' Movement« fort. Cannabis – noch immer als Einstiegsdroge dämonisiert – stand dabei weiterhin im Zentrum des Kampfes gegen Drogen, doch gewann ab den frühen 1980er-Jahren auch der Kampf gegen den sich ausbreitenden Kokainkonsum und seit 1986 insbesondere der gegen Crack an Bedeutung. So kam es 1986 unter Federführung der Demokratischen Partei im US-Kongress zur Verabschiedung des »Anti-Drug Abuse Act«, der die Mindeststrafen für »Schedule 1«-Substanzen – also Substanzen, denen ein hohes Missbrauchspotenzial und keinerlei medizinischer Nutzen zugeschrieben wurde – erhöhte und enorme rassistische Effekte hatte.

Matthew D. Lassiter hat mit »The Suburban Crisis« ein sehr lesenswertes Buch verfasst. Mit seinem Fokus darauf, wie die Sorge um das Wohl weißer Jugendlicher und Adoleszenter aus den Vororten die US-amerikanische Drogenpolitik beeinflusste, trägt es wesentlich zu einem besseren Verständnis bei, wie die miteinander verschränkten Kategorien von »race«, »class« und »gender« den politischen, polizeilichen und rechtlichen Umgang mit Drogengebrauch grundlegend beeinflussten. Auch kann Lassiter zeigen, dass die (implizite) Rassifizierung der Drogenpolitik weit ins liberale gesellschaftliche Lager ausstrahlte und sogar für die Politik von Organisationen wie Amorphia, in der auch linksradikale Akteure aktiv waren, von großer Bedeutung war. An manchen Stellen neigt das Buch zu Redundanzen. Außerdem wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Autor den roten Faden der Argumentation mitunter deutlicher herausgearbeitet hätte. Trotz dieser kleinen Kritikpunkte trägt das Buch jedoch deutlich zu einem besseren Verständnis des »War on Drugs« bei und ist somit nachdrücklich zur Lektüre zu empfehlen.

Zitierempfehlung

Kristoff Kerl, Rezension zu: Matthew D. Lassiter, *The Suburban Crisis. White America and the War on Drugs*, Princeton University Press, Princeton 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82027.pdf>> [23.10.2024].